

Krull, Wilhelm

Vom Nutzen und Nachteil des Wettbewerbs für die Wissenschaft – Eine persönliche Bilanz

Webler, Wolff-Dietrich [Hrsg.]: Überzogener und überhitzter Wettbewerb in der Wissenschaft I. Wissenschaftsförderung und ihre Irrwege. 2., überarbeitete Auflage. Bielefeld : UVW UniversitätsVerlagWebler 2024, S. 29-39. - (Hochschulwesen: Wissenschaft und Praxis; N. F. 43)



Quellenangabe/ Reference:

Krull, Wilhelm: Vom Nutzen und Nachteil des Wettbewerbs für die Wissenschaft – Eine persönliche Bilanz - In: Webler, Wolff-Dietrich [Hrsg.]: Überzogener und überhitzter Wettbewerb in der Wissenschaft I. Wissenschaftsförderung und ihre Irrwege. 2., überarbeitete Auflage. Bielefeld : UVW UniversitätsVerlagWebler 2024, S. 29-39 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-308559 - DOI: 10.25656/01:30855; 10.53183/97839460175472

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-308559>

<https://doi.org/10.25656/01:30855>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen und die daraufhin neu entstandenen Werke bzw. Inhalte nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrags identisch, vergleichbar oder kompatibel sind. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-Licence: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work or its contents in public and alter, transform, or change this work as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. New resulting works or contents must be distributed pursuant to this licence or an identical or comparable licence.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

pedocs
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Vom Nutzen und Nachteil des Wettbewerbs für die Wissenschaft – Eine persönliche Bilanz

Wilhelm Krull

In der Wissenschaft ist Wettbewerb weder Ziel noch Selbstzweck. Und doch ist er omnipräsent – sowohl auf individueller und institutioneller Ebene als auch national und global. In allen Wissenschaftssystemen, mit denen ich im Laufe der letzten dreieinhalb Jahrzehnte evaluativ, prospektiv und strategisch beratend zu tun hatte, kam und kommt wettbewerblichen Gestaltungselementen eine zentrale Rolle zu.

Trotz höchst unterschiedlicher rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen lassen sich meines Erachtens übergreifende Prinzipien und Gelingensbedingungen für hervorragende Forschung und Lehre, die jeweils prägenden Macht-konstellationen mitsamt ihren Unvollkommenheiten, die begünstigenden Faktoren ebenso wie die unerwünschten Nebeneffekte und nicht zuletzt die mehr oder weniger guten Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs in vergleichender Perspektive herausarbeiten. Jedenfalls möchte ich dies anhand einiger, besonders markanter Stationen und Ereignisse meines wissenschaftspolitischen Wirkens versuchen.

1. Chancen erkennen – das Gute tun

„Es bleibt zu häufig bei einem Erkennen des Guten, ohne es zu tun, weil man auch das Bessere kennt, ohne es tun zu können.“ (Nietzsche 1976, S. 230) Die daraus resultierende, resignativ-lähmende Haltung hat Friedrich Nietzsche in der zweiten „Unzeitgemäßen Betrachtung“ mit dem Titel „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ an seinen Zeitgenossen heftig kritisiert und auch den expandierenden Wissenschaftsbetrieb in den Gründerjahren des deutschen Kaiserreichs mit Hohn und Spott bedacht, indem er etwa die Gelehrten seiner Zeit mit „erschöpften Hennen“ (ebd., S. 257) vergleicht, die zwar immer dickere Bücher schrieben, aber letztlich nur inhaltsleere Eier legten.

Rund einhundert Jahre später, als ich 1985 in die Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates eintrat, bot sich mir ein ähnliches Bild des bundesdeutschen Wissenschaftsbetriebs. Nach der großen Welle der Neugründungen und des rasanten Ausbaus etablierter Universitäten in den 1960er und frühen 1970er Jahren vermittelte sich mir als einem soeben aus England Zurückgekehrten ein Bild des unruhigen Stillstands: Man bemerkte zwar allenthalben um uns herum – insbesondere in Großbritannien, den Niederlanden und in den nordeuropäischen Ländern – starke Tendenzen zu einer Neuausrichtung der Hochschul- und Forschungspolitik

am Prinzip „Leistungsfähigkeit durch Eigenverantwortung“ und den damit verbundenen Wettbewerbskonzepten, schien aber zu hoffen, dass dieser Kelch durch das auch ansonsten in der bundesdeutschen Politik praktizierte „Aussetzen“ irgendwie am deutschen Wissenschaftssystem vorübergehen möge. Ein hohes Maß an Selbstzufriedenheit bei nahezu allen Entscheidungsträgern sorgte dafür, dass sowohl im universitären als auch im außeruniversitären Bereich die vom Wissenschaftsrat verschiedentlich angemahnten Reformschritte – etwa zur Struktur des Studiums, zur Einführung von Graduiertenkollegs oder zu mehr Wettbewerb – zunächst unterblieben und erst Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre (wenn auch widerstrebend) aufgegriffen wurden.

So gelang es etwa 1988 dem Wissenschaftsrat in engem Zusammenwirken mit der Bosch Stiftung, der Thyssen Stiftung und der VolkswagenStiftung erste Graduiertenkollegs, vorwiegend in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, auf den Weg zu bringen und mittels dieser Pilotvorhaben Anfang der 1990er Jahre die Deutsche Forschungsgemeinschaft dazu zu bewegen, ihren Widerstand gegen diese Förderform zugunsten wettbewerblicher Ausschreibungen für alle Wissenschaftsfelder aufzugeben. Aber insgesamt gesehen waren auch zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung die Schwächen und Versäumnisse des bundesdeutschen Wissenschaftssystems nicht zu übersehen. Insbesondere Dieter Simon, der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, und ich haben seinerzeit hart mit der Politik darum gerungen, den Text am Ende der ersten von insgesamt zwölf Empfehlungen für die „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit“ zu erhalten. Demzufolge könne „es nicht einfach darum gehen, das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen. Vielmehr bietet der Prozess der Vereinigung auch der Bundesrepublik Deutschland die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen“ (Wissenschaftsrat 1990, S. 6). – Ein in den 1990er Jahren vielfach kritisch zitierter Satz, um auf Versäumnisse im unmittelbaren Prozess der Wiedervereinigung hinzuweisen; dabei wurde freilich übersehen, dass etwa die forschungsfeldbezogenen Evaluationen zur Umweltforschung und zur Materialforschung, aber auch die im weiteren Verlauf der 1990er Jahre folgenden Systemevaluationen aller großen Wissenschaftsorganisationen ohne die selbstkritische Prämisse der „Zwölf Empfehlungen“ wohl kaum zustande gekommen wären.

2. Konkurrenz und Kooperation in der Systemtransformation

Unter dem Titel „Wettbewerb und Leistung“ adressierte die siebte der „Zwölf Empfehlungen“ die grundlegende Bedeutung des qualitätsbasierten, an internationalen Maßstäben orientierten Auswahlprinzips auf jeder Stufe des wissenschaftlichen Werdegangs: „Ganz wesentlich ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der das Fundament für die Hochschulen von morgen bildet. Von den Entscheidungen, wer Mittel für Forschungsprojekte und den Aufbau von Forschungsgruppen erhält, wem Forschungsaufenthalte an leistungsfähigen Instituten in der Bundesrepublik Deutschland und im westlichen Ausland ermöglicht werden, und wer eine Professur erhält, gehen Signale für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Studenten aus, die zu deren Motivation erheblich beitragen können. Für die Personalpolitik an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der DDR werden daher die gleichen Grundsätze gelten müssen, wie sie international üblich sind“ (ebd., S. 20).

Für die 1990-91 anstehenden Evaluationen und Neustrukturierungen bedeutete die Orientierung am jeweiligen internationalen Forschungsstand und entsprechenden Qualitätskriterien jedoch keineswegs, dass die je nach Fach und infrastrukturellen Voraussetzungen höchst unterschiedlichen Bedingungen unberücksichtigt geblieben wären. Im Gegenteil: da im staatssozialistisch geprägten Wissenschaftssystem der DDR vieles im Argen lag, galt es, durch Ortsbesuche ein faires Bild von der jeweiligen Situation zu gewinnen. Dabei zeigte sich rasch, dass in weiten Teilen der experimentellen Naturwissenschaften und der Ingenieurwissenschaften zwar Beachtliches geleistet worden war, jedoch erhebliche Defizite in der apparativen Ausstattung bestanden, während in den theoretischen Fächern und in der Mathematik durchaus auf international konkurrenzfähigem Niveau gearbeitet und publiziert wurde. In den Geowissenschaften unterlagen dagegen viele Forschungsergebnisse der Geheimhaltung und mussten für die Begutachtung aus entsprechenden Stahlschränken hervorgeholt werden. Wiederum anders war die Lage in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften: neben einer Vielzahl von Langzeitprojekten, die als Akademievorhaben fortgeführt werden konnten, gab es in einigen geisteswissenschaftlichen Instituten – etwa in der Linguistik, den Literaturwissenschaften und der Geschichte – international anerkannte Forschungsgruppen, die in verschiedenen Zentren und zum Teil auch im Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte verankert wurden, während in anderen Bereichen – insbesondere der Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften – allenthalben parteinahe Ideologieproduktion betrieben wurde, die mit der Wiedervereinigung obsolet geworden war. Nach der institutionellen Neuordnung im vielgliedrigen, föderalen Wissenschaftssystem Gesamtdeutschlands kam es freilich in den Gründungs- und Berufungskommissionen entscheidend darauf an, wie die einzelne Person vor dem Hintergrund ihrer je spezifischen Umfeldbedingungen leistungsmäßig zu bewerten war.

Für Studierende und Nachwuchswissenschaftler:innen erwies es sich in nahezu allen Wissenschaftsfeldern als notwendig, durch Lehr- und Forschungsaufenthalte in westdeutschen und ausländischen Einrichtungen möglichst rasch Anschluss zu finden an neueste Entwicklungen im jeweiligen Feld, entsprechende Methoden und Techniken zu erlernen sowie sich mit den intellektuellen Debatten in und außerhalb der Universitäten vertraut zu machen. Sowohl Hochschulpartnerschaften als auch zahlreiche Förderangebote – etwa der DFG und des DAAD, aber auch einer ganzen Reihe privater Geldgeber – trugen entscheidend dazu bei, vor allem für den am Verbleib in der Wissenschaft interessierten Nachwuchs durch das gleichzeitige Erschließen neuer Netzwerke und Kooperationsmöglichkeiten vielversprechende Karriereperspektiven zu eröffnen. Trotz erheblicher Asymmetrien in den Kooperationsbeziehungen Anfang der 1990er Jahre zeigte sich schon wenige Jahre später, wie schnell in den ostdeutschen Bundesländern eine auf Augenhöhe konkurrenzfähige Hochschul- und Forschungslandschaft entstanden war. Für den Bereich der Biowissenschaften, in dem es Anfang der 1990er Jahre insbesondere mit Blick auf den Personalbestand erhebliche und überaus schmerzhaft eingetragene Einschnitte gegeben hatte, stellte 10 Jahre später Jens Reich, einer der Betroffenen aus den Instituten in Berlin-Buch, fest: „Eine ganze Reihe von Sonderforschungsbereichen ist entstanden. In der Biomedizin sind es neun SFB, die an den Universitäten Berlin, Magdeburg und Jena gegründet worden sind, auch an der FU Berlin unter Einbeziehung von Forschern, die früher im Osten tätig waren. An den großen Universitäten in Ostdeutschland gibt es heute etwa 15 Graduiertenkollegs, mit zum Teil sehr innovativen Themen, etwa Intrazelluläre Kommunikation und Transduktion in der Zellbiologie. Zudem wurden acht Innovationskollegs gegründet. Die Abwicklung und die Neugründung von Instituten wurde auf dem Gebiet der Biomedizin zweifellos zur Einführung innovativer Themen genutzt und nicht einfach zur Weiterschreibung dessen, was im Osten früher gut oder nicht so gut gewesen sein mag“ (Reich 2002, S. 50).

Jens Reich betonte, dass seiner Ansicht nach die Evaluation durch die Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates „trotz der Personalreduzierung um 60 Prozent fair gewesen“ (ebd., S. 49) sei. Er mahnte aber zugleich an, dass es weiterhin notwendig sei, darauf zu drängen, „dass wir vielleicht in zehn Jahren sagen können, dass nunmehr auch die Dichte und Leistungsfähigkeit pro Kopf der Bevölkerung mit den anderen großen Wissenschaftsregionen der EU vergleichbar sind“ (ebd., S. 50).

Trotz einer Reihe von Sonderprogrammen und Restrukturierungsmaßnahmen ist und bleibt dies eine große Aufgabe für die bundesdeutsche Wissenschafts- und Forschungspolitik, die auch ein Wettbewerb um zwei neue Großforschungszentren – wie er derzeit als Teil der Restrukturierungsmaßnahmen für die ostdeutschen Braunkohlereviere läuft – kaum zu bewältigen vermag. Fairness bei der Beurteilung der Ausgangsbedingungen, Eröffnung von Kooperationsbeziehungen und neuen Karrierechancen sowie die entschlossene und nachhaltige Förderung der leistungsfähigen Einrichtungen sind meines Erachtens wichtige Erfolgsvoraussetzungen für eine gelingende Systemtransformation. Dies gilt für die wissen-

schaftlichen Einrichtungen in der DDR ebenso wie in vielen anderen Ländern, die im Laufe der 1990er Jahre strukturell vergleichbaren Veränderungsprozessen ausgesetzt waren.

Persönlich habe ich dies am stärksten miterlebt und in Teilen mitgestalten können, als es in Südafrika nach dem Ende der Apartheid darum ging, eine Systemtransformation einzuleiten, die der bislang massiv benachteiligten farbigen Bevölkerungsmehrheit neue Bildungschancen eröffnete und den (zum Teil aus dem Ausland zurückgekehrten) bislang in rassistisch getrennten Hochschulen tätigen Wissenschaftler:innen Mitgestaltungschancen und Führungspositionen einzuräumen bereit war, ohne die international hoch angesehenen weißen Forscher:innen zu veranlassen, ihr Land zu verlassen. Auch hier waren die Orientierung an internationalen Qualitätsmaßstäben und ein fairer, die je unterschiedlichen persönlichen und institutionellen Voraussetzungen berücksichtigender Wettbewerb um die jeweiligen Positionen entscheidende Gelingensbedingungen für den erfolgreichen Transformationsprozess, der anhand von Prinzipien, Leitlinien und konkreten Empfehlungen (bis hin zu Institutsschließungen) transparent kommuniziert wurde.

3. Die Forschungsförderung der Europäischen Union und ihre Wettbewerbsarenen

Aufgrund des wettbewerbs- und wirtschaftspolitisch motivierten Ursprungs der heutigen Europäischen Union war die Forschungsförderung in Form von Rahmenprogrammen über lange Zeit durch angewandte Forschung und Entwicklung geprägt. Der soziale und wirtschaftliche Wohlstand – so die Grundannahme – könne am besten durch eine am Innovationsparadigma orientierte Förderpolitik gesichert werden. Trotz vereinzelter positiver Stimmen galt es noch bis in die 1990er Jahre als ausgemacht, dass die ergebnisoffene Suche nach neuen Erkenntnissen – im Sinne von Grundlagenforschung – und ihre Unterstützung nicht Aufgabe der Europäischen Kommission sein sollte. Auch achteten viele nationale Förderorganisationen geradezu eifersüchtig darauf, die seit den 1970er Jahren klein gehaltene European Science Foundation (ESF) unter ihrer Kontrolle zu behalten.

Meine ersten Kontakte mit der europäischen Forschungsförderung gehen zurück auf das Jahr 1988, und zwar im Rahmen einer Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates zur „Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen“ und – auf Anfrage der EU-Kommission – als Leiter einer kleinen Expertengruppe zur Entwicklung von „Guidelines for the Evaluation of European Community R&D Programmes“. Beide Vorhaben konnten (nicht zuletzt durch mein Engagement im Zuge der Wiedervereinigung) erst 1992/93 abgeschlossen werden, waren sich in ihren Zielen jedoch darin einig, dass im Kontext des Rahmenprogramms darauf hingewirkt werden müsse, dass „die bislang eher unzureichende Evaluation der einzelnen Programme künftig nach einem transparenten Verfahren mit vergleich-

baren Kriterien und Methoden sowie unter stärkerer Einbeziehung von Fachgutachten vorgenommen wird“ (Wissenschaftsrat 1992, S. 69). Ein wichtiger Punkt in den „Guidelines“ war dann vor allem die Kritik an der nur vierjährigen Laufzeit der Programme und der damit verbundenen Notwendigkeit, bereits zu Beginn der jeweiligen Implementationsphase den Erfolg des eingeschlagenen Weges bescheinigen zu müssen, um das nächste Rahmenprogramm rechtzeitig auf den Tisch des Ministerrates legen zu können. Auch in nachfolgenden Evaluations- und Monitoringkommissionen habe ich dieses *Ceterum Censeo* immer wieder in die Berichte eingebracht, bis es schließlich mit dem 7. Rahmenprogramm gelungen ist, die Laufzeit auf sieben Jahre zu verlängern (und somit auch eine erste Ergebnisbewertung mit einbeziehen zu können).

Parallel zur Reform des Rahmenprogrammes entwickelt sich über insgesamt 15 Jahre auch die schließliche Realisierung einer finanzstarken Förderinstitution, die sich auf Spitzenförderung im europaweiten Wettbewerb der besten Grundlagenforscher:innen fokussieren sollte. Bereits 1992 hatte der Wissenschaftsrat Ziele, Aufgaben und Organisationsstruktur einer Förderinstitution skizziert, die „nach den Prinzipien der Autonomie, der Selbstverwaltung und der wissenschaftlichen Qualitätsprüfung“ (ebd., S. 74) strukturiert sein sollte, setzte dabei aber zunächst auf eine Weiterentwicklung der ESF.

Trotz intensiver Gespräche mit den wissenschaftspolitischen Beratungsgremien der anderen EU-Mitgliedsstaaten und eines im Oktober 1993 von mir mitorganisierten Symposiums der MPG auf Schloss Ringberg zum Thema „European Research Structures – Changes and Challenges“ (Max-Planck-Gesellschaft 1994), bei dem auch bereits rechtliche Reformoptionen diskutiert wurden, sollte es noch bis Anfang der 2000er Jahre dauern, ehe durch Fachgesellschaften, Wissenschaftsorganisationen und nicht zuletzt die nordeuropäischen Wissenschaftsministerien und Stiftungen eine Dynamik entfaltet wurde, der sich am Ende auch die EU-Kommission nicht entziehen konnte.

Mit Artikeln in den führenden Wissenschaftsjournalen „Science“ (zusammen mit Helga Nowotny) und „Nature“ sowie der Mitwirkung in zwei aufeinanderfolgenden Kommissionen konnte ich ein wenig dazu beitragen, dass es am Ende gelang, eine von jeglichem Länderproporz freie Förderinstitution – den European Research Council (ERC) – als neue europäische Wettbewerbsarena auf den Weg zu bringen. Damit erfüllte sich der von mir in diesen Jahren des Öfteren zitierte Satz des französischen Schriftstellers Victor Hugo: „Es gibt nichts Mächtigeres als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ – Ein Wermutstropfen bleibt freilich bis heute, dass es nicht gelungen ist, die überaus wünschenswerte, administrativ-organisatorische Autonomie des ERC sicherzustellen. Dank der allein an fachwissenschaftlichen Qualitätskriterien orientierten Förderentscheidungen ist es dem ERC aber zum Glück gelungen, sich alsbald eine hohe Reputation als eine Förderinstitution der besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf jeder Karrierestufe zu verschaffen und eine ganze Reihe führender Forscher:innen aus nordamerikanischen Spitzenuniversitäten für die europäischen Wissenschaft (zurück)zugewinnen.

4. Systemevaluation, Exzellenzinitiative und die Folgen

Bereits im Dezember 1996 beschlossen die Regierungschefs von Bund und Ländern, eine international vergleichende Evaluation der gemeinsam geförderten Wissenschaftsorganisationen vornehmen zu lassen. Weil die DFG und die MPG bereits im Vorfeld angeregt hatten, gemeinsam bewertet zu werden, beschloss die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), eine Kommission internationaler Expert:innen einzusetzen. Da seinerzeit ein Großteil der Mitglieder des Wissenschaftsrats auf Vorschlag von DFG und MPG durch den Bundespräsidenten berufen wurden, bat die BLK darum, die Betreuung der Kommission unter meiner Leitung bei der VolkswagenStiftung anzusiedeln.

Im Februar 1998 verständigte sich die Kommission in ihrer konstituierenden Sitzung darauf, ihren Arbeitsauftrag weit zu interpretieren und beispielsweise „zu fragen, auf welche Weise MPG, DFG und Universitäten als öffentlich geförderte Einrichtungen optimal dazu beitragen können, die Zukunft der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft durch die Produktion und Vermittlung wissenschaftlichen Wissens zu sichern.“ (Internationale Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Förderungsgemeinschaft/Max-Planck-Gesellschaft 1999, S. 2f.) Im Bericht wurde schließlich eine Reihe von Imbalancen, Inflexibilitäten und Problemfeldern benannt, deren Fortbestehen einer optimalen Weiterentwicklung im Wege stehe. Neben den festgefügteten Finanzierungsmodalitäten, den starren Regelungen des öffentlichen Arbeits-, Tarif- und Besoldungsrechts sowie den von lang andauernden Phasen persönlicher und wissenschaftlicher Abhängigkeit geprägten Qualifizierungswegen und Karrierestrukturen für den wissenschaftliche Nachwuchs adressierte der Bericht vor allem die problematischen Auswirkungen des im internationalen Vergleich stark ausgebauten außeruniversitären Sektors auf die Leistungskraft und das internationale Ansehen der deutschen Universitäten: „Die relative Schwäche der Universitäten gegenüber anderen öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems bei der Produktion und Verbreitung von neuem Wissen“ (ebd., S. 7).

Insbesondere mit Blick auf die Stimulierung des einrichtungsübergreifenden Wettbewerbs und den Abbau von Kooperationshemmnissen empfahl die Kommission, Anreize zu setzen für die „Bildung von befristeten Schwerpunkten und von Kompetenzzentren zur Bearbeitung ausgewählter Forschungsaufgaben über verschiedene Institutionen hinweg“ (ebd., S. 9). Dazu wurde insbesondere die MPG aufgefordert, sich stärker für die Kooperation mit den Universitäten in ihrem jeweiligen Umfeld zu engagieren, vor allem aber auch den Hochschulen ein höheres Maß an Eigenverantwortung zugewiesen. Dazu heißt es: „Eine nachhaltige Stärkung der Hochschulautonomie ist unverzichtbar, um das selbstverantwortliche Handeln der Universitäten zu fördern und damit auch die Entwicklung unterschiedlicher Schwerpunkte und Profile der einzelnen Hochschulen und den Wettbewerb zwischen ihnen zu ermöglichen“ (ebd., S. 19).

Es wäre vermutlich verwegen, eine direkte Verbindung zwischen diesen Empfehlungen und den nur wenige Jahre danach folgenden Kommissionen zur

Reform der Professorenbesoldung, zur Reform der Landeshochschulgesetze und zur Vorbereitung der 2005 auf den Weg gebrachten Exzellenzinitiative herstellen zu wollen. Mittelbar zeigte der Bericht freilich in den wissenschaftspolitischen Debatten sowie in den Beratungen einschlägiger Gremien durchaus seine Wirkung – nicht zuletzt in der MPG, deren damaliger Präsident, Hubert Markl, sich in starkem Maße die Empfehlungen zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit Universitäten zu eigen machte und vor allem für eine erhebliche Ausweitung des Engagements der Max-Planck-Institute in der Doktorandenausbildung sorgte.

Mit einer Intensivierung der Beteiligung an Gradiertenkollegs und den „International Max Planck Research Schools“ wurde Anfang der 2000er Jahre bereits der Grundstein gelegt für die im Rahmen der Exzellenzinitiative an den jeweiligen Standorten zwingend erforderliche Zusammenarbeit in der strukturierten Doktorandenausbildung qua Graduate Schools und in qualitativ herausragenden Forschungsprogrammen, die als Exzellenzcluster eine hohe Attraktivität für Spitzenforscher:innen entfalten sollten. In der von mir – auf Bitten der damaligen Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn – geleiteten Expertenkommission wurden in „Zwölf Empfehlungen“ Eckpunkte für den nachfolgenden Wettbewerb entwickelt und in engem Austausch mit politischen Entscheidungsträger:innen zu einem Konsens geführt.

Über die bereits genannten Wettbewerbe um forschungsbasierte Graduate Schools und Exzellenzcluster hinaus sollte darauf aufbauend „ein bundesweiter Wettbewerb ‚Zukunftskonzepte für die Spitzenforschung‘ ausgeschrieben werden, der sich auf die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Hochschulen konzentriert“ (Eckpunkte eines zukunftsfähigen deutschen Wissenschaftssystems 2005, S. 30). Eingereicht werden sollte jeweils ein integriertes Gesamtkonzept, das durch eine internationale Jury zu bewerten sei, „deren Empfehlungen bindenden Charakter haben sollten“ (ebd., S. 30).

Nur wenige Monate nach Fertigstellung des Berichts der Expertenkommission wurde in der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder Ende Juni 2005 der Beschluss gefasst, einen Exzellenzwettbewerb mit den drei komplementär ineinander greifenden Komponenten – Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte – auf den Weg zu bringen und die DFG mit der Durchführung der Wettbewerbe zu Graduiertenschulen und Exzellenzclustern sowie den Wissenschaftsrat mit der Evaluation der Zukunftskonzepte zu beauftragen. – Damit war freilich bereits absehbar, dass insbesondere bei den Entscheidungen über die Vergabe des institutionellen Status einer Exzellenzuniversität nicht allein die Jury, sondern auch die Politik mit am Tisch sitzen würde und am Ende in allen bisherigen Runden ihren Einfluss geltend machte. Anders als auf europäischer Ebene mit dem ERC ist es im nationalen Rahmen leider nicht gelungen, die Förderentscheidungen allein auf wissenschaftlicher Basis zu treffen.

Gleichwohl hat der dreistufige Wettbewerb um Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte mit einem – in der ersten Stufe – Gesamtvolumen von 1,9 Milliarden Euro in vielerlei Hinsicht für produktive Unruhe gesorgt.

Besonders erfreulich war für mich zu sehen, dass die über fast zwei Jahrzehnte geführten Debatten über Nutzen und Nachteil einer strukturierten Doktorandenausbildung sich binnen kurzem erledigten. Nicht nur die Universitäten, deren Anträge bewilligt wurden, sondern auch viele der nicht erfolgreichen Hochschulen bauten entsprechende Strukturen und Lehrangebote auf. Auch haben viele Exzellenzcluster Leistungsspitzen in den Universitäten international sichtbar und attraktiv gemacht. Damit – wie durch zusätzlich im Rahmen der Zukunftskonzepte geschaffene Nachwuchsgruppenleitungen und Centres for Advanced Studies – konnten die Karrierechancen für junge Forscher:innen ebenso verbessert werden wie das Gewinnen von Professor:innen aus führenden Universitäten des Auslandes. Freilich war angesichts der Größenordnungsunterschiede in der Finanzausstattung und der Kapazitätsengpässe nicht zu erwarten, dass die Exzellenzförderung die deutschen Universitäten schon nach kurzer Zeit in den internationalen Rankings ganz nach vorn bringen würde (wie vielfach erhofft).¹

5. Wissenschaft im Spannungsfeld von Beweglichkeit und Verlässlichkeit

Angesichts einer von hoher Veränderungsdynamik geprägten Wissensproduktion ist es für ein dem Gemeinwohl dienendes Wissenschafts- und Forschungssystem unerlässlich, offen zu sein für einen kontinuierlichen Austausch mit seinem gesellschaftlichen Umfeld. Dazu heißt es in dem bereits zitierten Bericht zur Systemevaluation von DFG und MPG: „Die Leistungskraft eines öffentlich geförderten Wissenschafts- und Forschungssystems bemisst sich letztlich daran, ob und inwiefern es gelingt, Aufgaben, Strukturen und Arbeitsformen seiner einzelnen Teile in einen solchen Austauschprozeß einzubinden und fortlaufend neu zu gestalten“ (Internationale Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Förderungsgemeinschaft/Max-Planck-Gesellschaft 1999, S. 5). Die Bereitschaft zur Um- und Neugestaltung impliziert freilich nicht, dass Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Hektik verfallen sollten, um möglichst jeden neuen Trend bedienen zu können.

Wie der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Peter-André Alt, erst jüngst klarstellte, kann die Universität ihre Aufgaben nur dann erfüllen, wenn sie frei von politischen und wirtschaftlichen Direktiven sich den jeweiligen Herausforderungen zu stellen in der Lage ist: „Die Innovationskraft der Wissenschaften beruht nicht auf Umtriebigkeit, Dauerreisen und Hektik, sondern auf Ruhe, Gelegenheiten zum Ausprobieren und Mut zur Geduld. Universitäten sollten daher Orte sein, an denen Beharrlichkeit als wesentlicher Modus akademischer Freiheit

¹ Zur Kritik der Rankingorientierung in der deutschen und europäischen Hochschulpolitik vgl. Krull, W. (2017): Die vermessene Universität. Ziel, Wunsch und Wirklichkeit. Wien: Passagen Verlag, S. 19ff.

kultiviert wird. Das schließt ein, dass nicht alles sofort gelingen, auf der Stelle angewendet und verwertet werden muss“ (Alt 2021, S. 244f.).

Die von Peter-André Alt postulierte „Freiheit der Wissenschaft als Freiheit gegenüber externen Konditionierungen“ (ebd., S. 244) ist freilich in den letzten beiden Jahrzehnten immer mehr in Bedrängnis geraten. Nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu allen europäischen Ländern hat es eine massive Gewichtsverschiebung in den Forschungsbudgets gegeben. Waren in den 1990er Jahren noch etwa doppelt so viele Mittel aus der Grundausrüstung in Relation zu Drittmitteln für die Forschung verfügbar, so hat sich dieses Verhältnis mittlerweile fast umgekehrt. Das noch verbleibende Kernbudget wird vielfach dafür verwendet, die nächsten, großkollektiven Anträge für Sonderforschungsbereiche, Cluster oder Schwerpunktprogramme einzusetzen. Damit einhergehend hat sich auch das Spannungsfeld zwischen wissenschaftlichen Erfordernissen und administrativ-organisatorischen Rahmenbedingungen deutlich erhöht. Die notwendigen Freiräume für das konzentrierte Hervorbringen neuen Wissens werden durch auf Effizienz getrimmte Indikatoriken und stetig zunehmende Compliance-Erfordernisse immer weiter beschnitten. Durch eine Vielzahl von Förderverfahren mit nur zwei- bis dreijährigen Bewilligungszeiträumen geraten zugleich immer mehr Forschende in die Falle der Kurzatmigkeit. Während die Arbeit am laufenden Projekt gerade erst begonnen hat, muss bereits der Folgeantrag oder ein neues Vorhaben auf den Weg gebracht werden, um vor allem den drittmittelfinanzierten Nachwuchsforscher:innen eine Weiterbeschäftigungsperspektive bieten zu können.

Der grundsätzlich zu begrüßende Wettbewerb um Forschungsmittel gerät auf diese Weise zu einer vom jeweiligen Mainstream dominierten, routinierten Antragsmaschinerie. Sie erzeugt somit das Gegenteil von einer durch gegenseitiges Vertrauen geprägten Kultur der Kreativität und beeinträchtigt die strategische Entscheidungsfähigkeit der Universitäten über Gebühr. Schwedische Forscher, die in einer Studie zu den geeigneten Rahmenbedingungen für die Förderung wissenschaftlicher Durchbrüche das dänische, finnische, niederländische, schwedische und schweizerische Wissenschaftssystem miteinander verglichen haben, sind bereits 2012 zu dem Schluss gekommen: „The current imbalances between internal and external resources must be remedied. The balance should be at least 60/40 in favor of internal funding versus external resource streams. Thus, if universities wish to expand externally, they should do so on the basis of internal considerations and resource strategy, rather than the other way round as happens today“ (Öquist/Benner 2012, S. 65).

Die verfügbaren Eigenmittel und die einzuwerbenden Drittmittel führen vor allem dann zu herausragenden Ergebnissen, wenn sie den nach strengen Maßstäben ausgewählten Forschenden und ihren jeweiligen Vorhaben für einen Zeitrahmen von fünf bis sieben Jahren zur Verfügung stehen. Das zeigen insbesondere die Erfahrungen in der internationalen Förderung von Spitzenforschung durch private Stiftungen wie den Wellcome Trust, die Wallenberg Stiftung, Howard Hughes Medical Institutes und die VolkswagenStiftung, aber auch die Übertragung von Leitungsfunktionen in universitären Zentren, etwa der Danish National

Research Foundation, und in ausseruniversitären Institutionen, z.B. der MPG. Neben Fairness und Transparenz der jeweiligen Bedingungen sind eine rigorose Anwendung von international anerkannten Qualitätskriterien und die gemeinsame Risikobereitschaft aller Beteiligten entscheidend, um in einer sich weiterhin in hohem Tempo verändernden Wissenschafts- und Forschungslandschaft international wettbewerbsfähig zu bleiben. Dabei benötigen wir zugleich mehr Mut zu einer klaren, gemeinwohlorientierten Werthaltung, um das Wagnis des strukturellen und sozialökologischen Wandels gemeinsam mit allen anderen Akteuren vertrauensvoll angehen zu können.

Literaturverzeichnis

- Alt, P.-A. (2021): Exzellent!? Zur Lage der deutschen Universität. München.
- o.V. (2005): Eckpunkte eines zukunftsfähigen deutschen Wissenschaftssystems. Zwölf Empfehlungen. Hannover.
- Internationale Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Förderungs-gemeinschaft/Max-Planck-Gesellschaft (Hg.) (1999): Forschungsförderung in Deutschland. Hannover.
- Krull, W. (2017): Die vermessene Universität. Ziel, Wunsch und Wirklichkeit. Wien: Passagen Verlag
- Max Planck Gesellschaft (1994): European Research Structures – Changes and Challenges. Institutional Aspects of European Research Policy. München.
- Nietzsche, F. (1976): Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben. Un-zeitgemäße Betrachtungen. Zweites Stück. In: Werke I. Herausgegeben von Karl Schlechta. 6. Auflage. Frankfurt a. M./Berlin/Wien.
- Öquist, G./Benner, M. (2012): Fostering Breakthrough Research. Stockholm: The Royal Swedish Academy of Sciences.
- Reich, J. (2002): Ein existentieller Durchgriff. Die Neugestaltung in den Biowis-senschaften. In: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): 10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Essen, S. 48-50.
- Wissenschaftsrat (1990): Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Köln.
- Wissenschaftsrat (1992): Empfehlungen zur Internationalisierung der Wissen-schaftsbeziehungen. Köln.